

Kinder / Jugend / Familie / Soziales

Rat ö 31.08.2010

Kinderarmutsberichterstattung, hier: Handlungsempfehlungen (SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 6 c)

Beratungsverlauf:

Frau Jacobsen begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie legt dar, dass die Bekämpfung der Kinderarmut ein Oberziel der Stadt Osnabrück sei. Die Absichtserklärung der Verwaltung, in den kommenden Jahren mit Priorität an der Überwindung der Folgen der Kinderarmut zu arbeiten, sei politisch mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Sie verweist auf den vorliegenden Kinder- und Jugendarmutsbericht. Sie hebt positiv die Förderung des Projektes „Allen Kindern Zukunft geben“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hervor; an diesem Projekt arbeiten zahlreiche soziale Organisationen mit. Frau Jacobsen stellt heraus, dass seitens der Stadtverwaltung deutliche Unterstützung sowie kontinuierliche Mitarbeit geleistet wird. Sie verweist auf die außerordentlich gute Zusammenarbeit, deren Ergebnisse von der Verwaltung ebenfalls aufgegriffen werden sollten.

Frau Rzycki widerspricht Frau Jacobsen in der Ausführung, dass ein Kinderarmuts- und Reichtumsbericht vorliege. Sie stellt fest, dass aufgrund eines Auftrages der politischen Gremien ein Bericht konzipiert wurde, der von der Verwaltung nicht in die Beratung gegeben wurde. Dieser Bericht sei weder von der Arbeitsgruppe, die ihn erstellt habe, noch von der Verwaltung autorisiert worden. Dies sei nicht geschehen, weil der Bericht der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollte, sondern weil erhebliche Zweifel an der Verwertbarkeit des Berichtes bestanden. Der vorliegende Bericht habe weder eine systematische noch konkret geeignete Vorarbeit für Handlungsmaßnahmen geliefert. Er biete keine Möglichkeit, die einsetzbaren Maßnahmen empirisch zu überprüfen. Es seien keine einheitlichen Auswertungen von absoluten und prozentualen Zahlen vorgenommen worden; die einzelnen Kennzahlen stünden weitestgehend unverbunden nebeneinander und werden separat zu einzelnen Themenbereichen nebeneinandergestellt. Es sei auf die Möglichkeit verzichtet worden, differenzierte Zusammenhänge und Überbrückungsmöglichkeiten vorzustellen. Diese wären für das Aufdecken von Risiken und Risikogruppen von Bedeutung. Ferner enthielte der Bericht keine kleinräumigen Bezüge. Sie nennt weitere Mängel des Berichtes und weist darauf hin, dass der Bericht selbst deutliche Einschränkungen hinsichtlich der Formulierung von Handlungsempfehlungen beinhalte. Demgegenüber sei für den Jugendhilfeausschuss durch die Verwaltung ein gesamtes Paket zum Thema Kinderarmut zusammengestellt worden, wodurch auch der Ratsauftrag erfüllt wurde, Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut darzustellen. Hieran werde deutlich, dass die Verwaltung bereits jetzt aktiv gemeinsam mit der Arbeitslosenselbsthilfe und allen Wohlfahrtsverbänden an der Darstellung der derzeitigen Maßnahmen arbeite und eine Bestandsaufnahme darüber, durch welche Maßnahmen der Kinderarmut bereits jetzt entgegengewirkt werde, vorlege. Durch den vorliegenden Antrag werde dieses Maßnahmenpaket auseinandergerissen.

Herr Sommer nimmt Bezug auf mehrere einstimmige Ratsbeschlüsse seit Mai 2007, in denen der Rat die Verwaltung beauftragt hatte, zur Kinderarmut Bericht zu erstatten. Zuletzt habe es im Juni 2009 einen entsprechenden Beschluss gegeben. Er kritisiert die derzeitige Situation nachdrücklich. Insbesondere im Hinblick auf die Belange der betroffenen Kinder weist er die bisherige Diskussion nachdrücklich zurück.

Er nimmt Bezug auf den vorliegenden Antrag, durch den ausdrücklich der vorliegende Kinderarmutsbericht nicht beschlossen werde. Vielmehr werde von der Verwaltung erwartet, die bereits seit vielen Jahren vorliegende Beschlusslage umzusetzen, nämlich Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wofür er die vorherige Auswertung aller Daten nicht für zwingend halte. Vielmehr sei die fachliche Auswertung der jetzt vorhandenen Daten hierfür absolut ausreichend. Er fordert dringend im Interesse der betroffenen Bevölkerungsgruppen die Entwicklung von Maßnahmeansätzen, wie Kindern in Armut gezielter spezifisch geholfen werden könne. Er verweist auf das vom Bundessozialministerium geförderte Projekt der Arbeitslosenselbsthilfe, einen Kinder- und Jugendarmutsbericht zu erstellen, und hebt hervor,

dass diese Arbeit positiv durch die Verwaltung begleitet werde. Den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion, ein Gremium zu bilden, das das weitere Vorgehen entwickeln solle, weist er im Hinblick auf die bisherigen Abläufe zurück. Er weist ebenfalls darauf hin, dass die in der Begründung genannten Maßnahmeansätze lediglich beispielhaft aufgezählt seien.

Frau Rzycki macht deutlich, dass der inhaltlich nachvollziehbare und seitens der Verwaltung voll getragene Auftrag, konkrete Handlungsempfehlungen auf der Grundlage des in die Diskussion gebrachten Berichtes zu entwickeln, de facto nicht leistbar ist. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass bereits jetzt zahlreiche Aktivitäten und Maßnahmen durchgeführt werden, um Armutslagen bei Kindern zu mildern. In diesem Zusammenhang weist sie nachdrücklich den Vorwurf zurück, die Verwaltung würde zu Lasten der Betroffenen auf eine umfangreiche Datenbasis warten und nichts zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut unternehmen. Abschließend weist sie darauf hin, dass für die Erfüllung des Ratsauftrages das Vorliegen entsprechender Grundlagen erforderlich sei.

Frau Westermann beantragt namens der CDU-Fraktion die Verweisung des Ursprungsantrages der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Jugendhilfeausschuss. Sie verweist Herrn Sommer darauf, dass im Juni 2009 im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde, das wichtige Thema der Kinderarmut dort ausführlich zu beraten. Insofern weist sie die Ausführungen von Herrn Sommer zum bisherigen Verfahren zurück. Sie verweist darauf, dass dem Jugendhilfeausschuss für seine nächste Sitzung ein umfangreiches Vorlagenpaket zur Diskussion dieses wichtigen Themas vorliege. Sie verweist ebenfalls auf die bestehende Beschlusslage zu diesem Thema im Rat, die auf einem einstimmigen Ratsbeschluss im Jahre 2007 beruhe. Aufgrund verschiedener Entwicklungen sei dieser Auftrag bisher nicht umgesetzt worden; dies sei aber für den Beginn des kommenden Jahres von der Verwaltung angekündigt.

Sie kritisiert, dass die Fraktionen von SPD und Grünen demgegenüber fordern, auf der Grundlage des unzureichenden vorliegenden Berichtes Handlungsempfehlungen abzuleiten, obwohl derzeit keine Bestandsaufnahme der bereits laufenden Projekte vorliege. Ferner müsse in stärkerem Maße die Effizienz und Möglichkeiten der Bündelung einzelner Angebote hinterfragt werden. Dies leiste der im Jahr 2009 erstellte Bericht nicht. Die in der Antragsbegründung aufgeführten Beispiele für Ansätze einer kommunalen Armutsbekämpfung weist sie als ungeeignet zurück.

Herr Dr. E. h. Brickwedde nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Sommer, wonach die Verwaltung das wichtige Thema der Bekämpfung der Kinderarmut seit vier Jahren verschleppt habe. Er weist diese Sichtweise namens der CDU-Fraktion zurück. Er hebt positiv hervor, dass derzeit aufgrund des Einsatzes von Frau Rzycki und des Projektes „Lernen vor Ort“ seriös die für die Diskussion der Kinderarmut und die Entwicklungen entsprechender Hilfsangebote ermittelt werden. Er bezeichnet es als zentralen Maßnahmeansatz, Kindern aus benachteiligten Familien die gleichberechtigte Teilhabe an Bildungsangeboten zu ermöglichen. Auch er hebt die Notwendigkeit hervor, für die Entwicklung gezielter Handlungsempfehlungen zunächst Kenntnisse über die bestehenden gesellschaftlichen Grundlagen zu gewinnen. Er fordert daher, den eingeschlagenen Weg wissenschaftlich seriös weiterzugehen und zunächst die bestehende Situation zu untersuchen.

Herr Cheeseman hebt die Ernsthaftigkeit des Themas und den Umgang hiermit hervor. Er weist die Ausführungen von Frau Rzycki und ihre Beurteilungen des vorliegenden Berichtes zurück und stellt fest, dass die Inhalte vielmehr wegen der vorgenommenen Schlussfolgerungen nicht akzeptiert werden. Er wirft Frau Rzycki eine Blockadehaltung in dieser Frage vor und kritisiert die bisherige Behandlung des Antragsgegenstandes.

Herr Hasskamp kritisiert den Beitrag von Herrn Cheeseman nachdrücklich. Er bezeichnet das bisher vorliegende Datenmaterial als veraltet. Er verweist insbesondere Herrn Sommer darauf, dass der Antragsgegenstand ohne die Einbeziehung des Sachverständigen der Hinzu-gewählten im Jugendhilfeausschuss nicht beschlossen werden solle. Keinesfalls dürfe der Eindruck erweckt werden, dass die Kommunen die Folgen der Kinderarmut ohne Unterstützung bekämpfen können. Er lehnt zusammenfassend nochmals die Annahme des Antrages der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab. Den vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion (siehe Anlage) ändert er dahingehend ab, dass der Verweisungsantrag der

CDU-Fraktion des Ursprungsantrages in den Jugendhilfeausschuss von der FDP mit unterstützt werde.

Herr Hagedorn kritisiert ebenfalls nachdrücklich die bisherige Behandlung des Themas. Er begrüßt die Verankerung der Bekämpfung der Kinderarmut als städtisches Leitziel im Frühjahr des Jahres 2010. Er weist die Schlussfolgerungen, die Frau Rzyski aus ihrer Beurteilung des vorliegenden Berichtes zieht, zurück und kritisiert die Beantwortung einer Anfrage im Mai 2010, wonach die Erhebung weiterer Daten noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde. Die Haltung der Mitglieder der Fraktion von CDU und FDP weist er als nicht nachvollziehbar zurück. Er macht deutlich, dass die in der Begründung aufgezählten Maßnahmeansätze lediglich als Beispiele zu sehen seien. Den Vorwurf von Herrn Hasskamp des parteitaktischen Vorgehens weist er zurück und spricht sich nochmals vehement für die Annahme des Antragswortlautes aus.

Herr Oberbürgermeister Pistorius hebt die große inhaltliche Übereinstimmung aller Fraktionen zu dem Thema hervor. Unterschiedliche politische Auffassungen bestehen darüber, auf welchem Weg das Ziel der Bekämpfung der Kinderarmut zu erreichen sei. Er widerspricht Herrn Sommer nachdrücklich in dem Vorwurf, dass die Verwaltung das Thema verschleppt habe, und warnt davor, das Thema der Kinderarmut als eines der ernstesten überhaupt kaputt zu reden. Die bestehenden Probleme seien jedoch nicht kurzfristig zu lösen. Es sei sehr sorgfältig darauf zu achten, keine Erwartungshaltungen zu wecken, denen man nicht gerecht werden könne.

Den vorliegenden Kinder- und Armutsbericht bezeichnet er als sehr lesenswert; wobei der Bericht selber darlege, dass er keine Handlungsempfehlungen enthalte. Für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen sei das Vorhandensein entsprechender Datengrundlagen erforderlich – wie dies bereits mehrfach von Frau Rzyski hervorgehoben wurde. Er verweist darauf, dass z.B. im Rahmen der Schuldebatte zur Errichtung der Integrierten Gesamtschule Eversburg ein eklatanter Mangel an Datengrundlagen festgestellt werden musste. Er verwahrt sich nachdrücklich gegen die Ausführungen von Herrn Hagedorn und den Vorwurf, dass die Verwaltung zum Thema Kinderarmut das Vorgehen verschleppe. Dies wäre insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Verwaltungsvorstand sich selber zum Ziel gesetzt habe, die Folgen der Kinderarmut zu bekämpfen, völlig unverständlich.

Herr Ratsvorsitzender Thöle stellt fest, dass aufgrund der bestehenden Pairing-Absprachen die Mehrheit für die Annahme eines Antrages bei 20 Stimmen liege. Sodann erfolgt die Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis'90/Die Grünen:

Abweichender Beschluss:

Der schriftlich vorliegende Ursprungsantrag der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Ratsmitglieder Cheeseman und Mierke gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und des Oberbürgermeisters ohne Enthaltungen **abgelehnt**.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis'90/Die Grünen:

Beschluss:

Unbeschadet der Erstellung eines kleinräumigen Sozialmonitorings zu einem späteren Zeitpunkt, wird die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des vorliegenden Familien- und Armutsberichtes 2009 Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung der Kinderarmut vorzulegen. Dabei soll die Klärung der Frage als Ausgangspunkt dienen, welche Maßnahmen in kommunaler Zuständigkeit denkbar sind. Die in diesen Fragen aktiven Osnabrücker Verbände sind zu beteiligen. Die Empfehlungen sind bis Ende des Jahres 2010 vorzulegen.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen, der Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der Ratsmitglieder Cheeseman und Mierke gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie des Oberbürgermeisters **angenommen**.

Antrag

Betreff: Kinderarmutsberichterstattung, hier: Handlungsempfehlungen

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	31.08.2010	NÖ	
Rat der Stadt Osnabrück	31.08.2010	Ö	
Jugendhilfeausschuss	08.09.2010	Ö	

Inhalt des Antrags:

Unbeschadet von der Erstellung eines kleinräumigen Sozialmonitorings zu einem späteren Zeitpunkt, wird die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des vorliegenden Familien- und Armutsberichtes 2009 Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung der Kinderarmut vorzulegen. Dabei soll die Klärung der Frage als Ausgangspunkt dienen, welche Maßnahmen in kommunaler Zuständigkeit denkbar sind. Die in diesen Fragen aktiven Osnabrücker Verbände sind zu beteiligen. Die Empfehlungen sind bis Ende des Jahres 2010 vorzulegen.

Begründung:

Die Lebenssituation von Kindern aus Armutshaushalten ist aus zahlreichen Untersuchungen und Darstellungen weitgehend bekannt. Weitere statistische Analysen – etwa im Hinblick auf die kleinräumige Verteilung von Armut – sind sinnvoll und notwendig. Auch im Hinblick auf Veränderungen im Zeitverlauf ist eine Beobachtung erforderlich. **Für die Erstellung von Handlungsprogrammen scheinen weitere Daten allerdings nur von nachrangiger Bedeutung zu sein.** Alle für ein Handlungsprogramm erforderlichen Kenntnisse – auch solche, über räumliche Konzentrationen dieser Armutslagen – sind für die Entwicklung von Maßnahmen hinreichend bekannt. **Das eigentliche Problem liegt stattdessen in der Frage, welche Möglichkeiten auf kommunaler Ebene bestehen, den Armutsentwicklungen entgegen zu treten.** Die Diskussion dieser Frage darf deshalb nicht hintan gestellt werden, bis weitere Daten vorliegen, die dann auf diese Frage auch keine Antwort geben. Des Weiteren ist es auch erforderlich, einzelne Schritte in Richtung einer Armutsbekämpfung zu gehen, soweit diese sinnvoll sind, ohne auf ein großes Handlungsprogramm zu warten.

Der Familien- und Armutsbericht 2009 führt aus, dass er keine Handlungsempfehlungen enthält, die Erarbeitung solche Handlungsempfehlungen aber als den nächsten notwendigen Schritt ansieht. Dennoch enthält er Anregungen und Fragestellungen im Hinblick auf mögliche Ansätze einer kommunalen Armutsbekämpfung. Hier sind beispielhaft zu nennen:

- Durchführung einer Expert/-innenveranstaltung zur Abklärung der verschiedenen Möglichkeiten des Einflusses auf die Armutsentwicklung auf kommunaler Ebene.
- Inwieweit können Maßnahmen der Resilienzforschung effektiv in die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Armutshaushalten eingebracht werden (Seite 17 ff.)?
- Maßnahmen gegen die Vertiefung der Spaltung in der Gesellschaft (siehe S. 25)

- Wie kann kommunal geholfen werden, dass die Menschen nach Verbraucherinsolvenzen wieder schneller auf die Beine kommen (siehe Seite 26)
- Welche Möglichkeiten sind sinnvoll, wenn die Stadtwerke Strom und Gas sperren (siehe S. 27)
- Wie kann die Unterstützung Alleinerziehender harmonisiert und verbessert werden? Ist ein Programm von den Maßnahmen der AGOS bis hin zu den Kinderbetreuungsmöglichkeiten erforderlich? (siehe Seite 36 ff)
- Kann es eine Selbstverpflichtung der Stadt, der Agentur und der AGOS zur Vermittlung von Eltern in Arbeit geben? Kann die AGOS / Stadt ggf. hier ein Programm entwickeln? (siehe besonders Seite 37 und 46 ff.)
- Werden bei der Obdachlosenhilfe hinreichend die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt (siehe Seite 59 ff)? Lässt sich die Wohnraumsituation für Bedürftige durch städtebauliche Maßnahmen verbessern?
- Wie können die gesundheitlichen Konsequenzen aus den U9 – Untersuchungen verbessert und systematisiert werden (siehe S. 65 ff.)? Wie kann eine Mittagsversorgung von Kindern aus Armutshaushalten gesichert werden?
- Überprüfung der Leistungen des Osnabrück-Passes im Hinblick auf Armutsfamilien. Ansprüche nicht-materieller Art aufnehmen (etwa Anspruch auf Hausaufgabenhilfe)?
- Prüfung der Gebührenerhebung bei KiTas etc. entsprechend einer Sozialstaffelung (vgl. Ratsbeschluss vom 16.02.2010 zur Haushaltskonsolidierung 2010 - 2013)

Diese Fragen sind in die Erstellung der Handlungsempfehlungen mit aufzunehmen.

gez. Frank Henning

gez. Michael Hagedorn